Benjamin Ortmeyer

OFFENER BRIEF

an den GEW Hauptvorstand und
die Mitglieder der GEW

Die GEW darf kein vom NS-Lehrerbund „arisiertes“ und nach 1945 betrügerisch erschlichenes Vermögen behalten!

Juni 2007

Inhalt

Offener Brief (Benjamin Ortmeyer), Mai 2007: S.3
„Die GEW darf kein vom NS-Lehrerbund ‚arisiertes' und nach 1945 betrügerisch erschlichenes Vermögen behalten!"

Frankfurter Rundschau vom 28. April 2007: S.6
„Lehrergewerkschaft bestreitet Zwangsverkauf"

Hamburger Abendblatt vom 26. April 2007: S.7
„Gewerkschaft behält jüdische Villa"

Sendung des Norddeutschen Rundfunks vom 4. Mai 2007: S.8
„In Hamburg gibt es Streit um eine Villa in bester Lage"

Offener Brief von Bernhard Nette und Stefan Romey
(Mitglieder der GEW Hamburg) zum 2. Mai 2007: S.10
„Darf eine Gewerkschaft arisiertes Eigentum behalten?"

DOKUMENTATION

Hamburger Lehrerzeitung (hlz) Nr. 10–11/05: S.11
„Das jüdische Erbe der GEW"

Rechtfertigungsversuch (Mai 2007), S.28
Brief des Vorsitzenden der GEW Hamburg Klaus Bullan u. a.:
„Angesichts der historischen Sachlage ist es aus unserer Sicht nicht zu verantworten, durch die Weggabe des Hauses Die GEW in finanzielle Problem zu bringen..."

* * *

Anhang 1 S.31
Offener Brief an die Bundesvorsitzende der GEW und den Hauptvorstand der GEW anlässlich des 60. Jahrestages der Novemberpogrome 1938
1998 von Benjamin Ortmeyer:
„Die GEW und die Nazi-Zeit: Die GEW muss ihre eigene Tätigkeit kritisch überprüfen!"

Anhang 2 S.52
Erziehung und Wissenschaft, Nr. 1/99:
„Auschwitz schadet dem Nationalbewusstsein"

Anhang 3 Zur Lage der Juden in Deutschland 1933- 1935 S.55

Juni 2007

OFFENER BRIEF

an den GEW Hauptvorstand und die Mitglieder der GEW

Die GEW darf kein vom NS-Lehrerbund „arisiertes" und nach 1945 betrügerisch erschlichenes Vermögen behalten!

Was damals Recht war, kann heute kein Unrecht sein?

In memoriam Dr. Karl Brozik

Die „Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft" (GEW) als Bildungsgewerkschaft steht vor einer Reihe großer Herausforderungen, um gegen die ständige Verschlechterung der Situation an Hochschulen, Schulen und anderen Bildungseinrichtungen vorzugehen. Und neben diesen aktuellen politischen Auseinandersetzungen steht die Aufgabe, dass die GEW sich in Auseinandersetzungen über die NS-Zeit einschaltet und positioniert und dabei die Rolle der Lehrerschaft vor, während und direkt nach der NS-Zeit nicht ausklammert.

Dies geschah und geschieht auch in vielen regionalen und überregionalen Initiativen, obwohl die Rolle der nach 1945 gegründeten GEW bei der sogenannten „Entnazifizierung" insgesamt nachweislich eher einen Beitrag zur „Renazifizierung" von Schulen und Hochschulen darstellt: Die GEW war vor allem in den fünfziger Jahren mehr damit beschäftigt, entlassenen Nazi-Lehrern zu unterstützen und so wieder eine Rückkehr in das Beamtenverhältnis zu ermöglichen.

In den ersten zwei Jahrzehnten nach 1945 gab es so gut wie keine Bestrebungen, die Rolle der Funktionäre des NS-Lehrerbundes, die wieder wichtige Positionen in der GEW innehatten, genauer zu untersuchen (siehe dazu auch den Offenen Brief von 1998, Anhang 1).

In den letzten drei Jahrzehnten änderte sich in mancher Hinsicht das Bild: Lokale Untersuchungen in Städten, Dörfern und einzelnen Schulen, von GEW-Mitgliedern und oft von Schülerinnen und Schülern, trugen erheblich dazu bei, dass auch konkret, auch an einzelnen Schulen, die Rolle der Lehrerschaft in der NS-Zeit erforscht wurde, dass die antisemitische, militaristische, deutsch-nationalistische und nazistische Indoktrination im Alltag dokumentiert wurde. Das geschah auch in Großstädten wie Berlin, Frankfurt, Köln usw. und auch in Hamburg.

Mit um so größerer Bestürzung musste nun die Öffentlichkeit in Deutschland erfahren (siehe u. a. den Artikel aus der Frankfurter Rundschau vom 28.4.07), dass das höchste Gremium der GEW Hamburg, die Landesvertreterversammlung,,(wenn auch mit dem knappen Ergebnis von 57 zu 50 bei einer Enthaltung)

- nach der von GEW-Mitgliedern in Hamburg aufgedeckten Skandals der „Arisierung“ eines Hauses durch den nachweislich viel zu niedrigen Kaufpreis, den der NS-Lehrerbund angesichts des antisemitischen Terrors 1935 durchsetzten konnte;
- nach der Aufdeckung des Skandals, dass sich die GEW Anfang der fünfziger Jahre (unter Hinzuziehung von hohen NS-Funktionären als „Gutachter“) dieses Haus mit betrügerischen Angaben und Methoden bei den Alliierten erschlichen hat;

nun entschieden hat, dass diese beiden Skandale eben keine Skandale sind und die GEW das Haus (heutiger Wert ca. 1 Million €, Mieteinnahmen jährlich ca. 150.000 €) behalten will und behalten wird.

Immerhin, fünfzig Delegierte haben dagegen gestimmt, aber siebenundfünfzig haben eine skandalöse Entscheidung getroffen. Diese Entscheidung wurde von ausgesprochen furchtbaren Behauptungen begleitet, die antiwissenschaftlich, antisemitisch und geschichtsverfälschend sind:

1.
Bereits 2006 erklärte in der Zeitung der GEW Hamburg eine sich als „Experte“ verstehende Person zu den Motiven des Verkaufs der jüdischen Erbengemeinschaft:

„Befürchteten sie eine Zwangsarisierung oder wollten sie wegen der NS-Politik emigrieren? Entsprechende Hinweise gibt es nicht, im Gegenteil (sic!): Einer der Vorbesitzer kaufte sich später erneut Immobilien, eine auch in Hamburg. Von einer anderen Person ist belegt, dass sie erst 1937 den Entschluss zur Auswanderung fasste. Zwei weitere Mitglieder der Erbengemeinschaft zogen nach dem Verkauf in eine neue, komfortable Wohnung an der Alster, was nicht auf eine geplante Emigration schließen lässt.“ (hlz, Zeitschrift der GEW Hamburg. Nr. 5/06)

Der Zynismus dieser Darstellung ist unerträglich: Wie gut ging es doch den betroffenen Juden nach 1933 in Hamburg, „komfortable Wohnung“, Handel und Wandel. Die in diesem Zeilen steckende Grundposition sprengt den möglichen Rahmen sachlicher Erwiderung. Das ist die Sprache der NS-Verharmloser. Tatsache ist, dass den 66.000 RM Kosten für Ankauf und Renovierung ein Wert von 106.000 RM bzw. ein Rentabilitätswert von 58.000 RM gegenüberstand. Genau das ist Arisierung.

2.
Im Jahr 2007 erklärte der Geschäftsführer der GEW Hamburg, dass einiges dafür spreche, dass angeblich **„die Erben den Hausverkauf nicht im Zusammenhang mit der nationalsozialistischen Verfolgung gesehen haben“** (FR vom 28.4.07).

In der Hamburger Lehrerzeitung beschwerte sich der Geschäftsführer der GEW Hamburg über den **„gegen andere Meinungen eingeführten Kampfbegriffe wie ‚Arisierungsprofiteure‘ “** (hlz Nr. 10–11/06, S. 40).

Das ist nun allemal nicht die Sprach demokratischer Gewerkschafter, da unstrittig fest steht, dass 1935 Arisierung betrieben wurde und davon die „Arisierer“ (in diesem Fall zunächst der NSLB) profitieren.

3.

Im Jahr 2007 legte der Vorsitzende der GEW Hamburg in einer Sendung des Norddeutschen Rundfunks nach: **„Die Frage ist ja immer, ob die Vorbesitzer unter Zwang dieses Haus verkaufen mussten, zu einem viel zu geringen Preis. Unsere Untersuchungen haben ergeben, dass da große Zweifel drüber bestehen, weil diese Zwangssituation in dem konkreten Fall, aus unserer Sicht jedenfalls, offensichtlich nicht vorgelegen hat.“** (Norddeutscher Rundfunk, 4.5.07)

Im Jahr 2007 erklärte der Vorsitzende der GEW Hamburg in zynischer Weise weiter: **„Ein Vorbesitzer hat sogar noch eine weitere Immobilie gekauft, nachdem er dieses Gebäude verkauft hatte und ist in Hamburg geblieben, so dass das Indizien für uns sind, die darauf hinweisen, dass eine konkrete Verfolgungssituation, in diesem Fall, nicht unbedingt vorgelegen haben muss.“** (Norddeutscher Rundfunk, 4.5.07)

In Hamburg geblieben? Wahr ist, dass einige Vorbesitzer noch rechtzeitig fliehen konnten (einer war schwer krank und verstarb 1937 in Deutschland), denn die „konkrete Verfolgungssituation“ war angesichts des täglichen „Deutschland erwache, Juda verrecke“ für jeden Juden gegeben.

Dass Repräsentanten der Bildungsgewerkschaft GEW die Arisierung in der Zeitspanne 1933 bis 1938 am „konkreten Fall“ nachgewiesen haben wollen offenbart ein fatales Geschichtsbild.

Daniel Killy von der Jüdischen Gemeinde Hamburg kommentierte völlig zu Recht: **„Das war genau die Argumentation der Nazis: ‚Die Juden haben das doch aus ihrer Geldgier heraus freiwillig verkauft.‘ Wer heutzutage so argumentiert, ist entweder komplett naiv oder politisch kriminell.“** (Norddeutscher Rundfunk, 4.5.07)

* * *

Es ist aus meiner Sicht die Aufgabe, die Aktivisten der GEW Hamburg, die über Jahre mit großer Exaktheit all diese Vorgänge untersucht und dokumentiert haben (siehe im Anhang die Dokumentation „Das jüdische Erbe der GEW“) solidarisch zu unterstützen und innerhalb und außerhalb der GEW diese skandalösen Vorgänge nicht hinzunehmen.

All das ist keine Frage der Hamburger GEW allein.

Die Glaubwürdigkeit der GEW als Ganzes steht auf dem Spiel, wenn mit formalen und juristischen Ausreden die Debatte dieser Fragen verhindert und die ganze Sache unter den Teppich gekehrt werden würde.

Benjamin Ortmeyer

Stellungnahmen an BOrtmeyer@t-online.de

Frankfurter Rundschau vom 28. April 2007-04-28

Lehrergewerkschaft bestreitet Zwangsverkauf

Hamburger GEW wehrt sich gegen Vorwürfe, vormals jüdischen Besitz unlauter erworben zu haben

Die Lehrergewerkschaft GEW in Hamburg ist wegen einer Immobilie unter Druck geraten. Das Haus soll seinen jüdischen Besitzern 1935 weit unter Wert abgekauft worden sein. Kritik kommt von Bürgermeister Ole von Beust (CDU) und der jüdischen Gemeinde Hamburg.

FRANKFURT A. M. · „Wir sind innerhalb der GEW sehr unterschiedlicher Meinung, was die Umstände des Ankaufs anging", sagt Peter Göbel, Geschäftsführer des Landesverbandes Hamburg. Seit Jahren schwelt im GEW-Landesverband eine Auseinandersetzung darüber, wie mit dem Haus an der Rothenbaumchaussee umzugehen ist. Während eine Gruppe innerhalb der GEW dafür war, das Haus an die Stadt zu verkaufen, mit der Auflage, dass diese dort ein jüdisches Museum einrichtet, sprach sich eine knappe Mehrheit der Landesvertreterversammlung jüngst dagegen aus.

Diese Versammlung sei das höchste Gremium, deshalb gebe es keine Notwendigkeit, von der Entscheidung zurückzuweichen, sagte Göbel der *FR*. Göbel der ebenfalls dafür ist, die Villa zu behalten, nennt mehrere Gründe. So habe einer der fünf Eigentümer noch ein Jahr nach dem Verkauf Immobilien in Hamburg und Frankfurt erworben. Für Göbel ein Zeichen dafür, dass der Verkauf 1935 wohl kaum auf Grund nationalsozialistischen Drucks erfolgt sei. „Die Erben der Verkäufer haben nach 1945 Restitutionsansprüche gestellt, für dieses Gebäude aber nicht. Das spricht dafür, dass die Erben den Hausverkauf nicht im Zusammenhang mit der nationalsozialistischen Verfolgung gesehen haben."

Erworben hatte das Haus damals die GEW-Vorgängerorganisation „Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens", die 1933 dem NS-Lehrerbund beigetreten war. Insgesamt 40 000 Reichsmark wurden damals von der Gesellschaft gezahlt. „Das war wenig Geld", wie Göbel einräumt. Aktuell hat die GEW das Haus an die Stadt vermietet, dort ist ein Teil der Universitätsverwaltung untergebracht.

Zwischenzeitlich hatte sich Bürgermeister Ole von Beust (CDU) in die Diskussion eingeschaltet. „Ich appelliere dringend an die GEW, diese Entscheidung zu überdenken." Es gehe nicht um juristische Fragen, sondern „um die moralische Pflicht, um die historische Verantwortung und um menschlichen Anstand". Bei dem Appell soll es bleiben. Beusts Sprecher Lutz Mohaupt sagte auf *FR*-Anfrage: „Wir legen nicht nach."

„Nicht alle Umstände klar"

Sozusagen als Kompromiss hatte die GEW entschieden, 10 000 Euro dem von einem Roman des jüdischen Autoren Ralph Giordano angeregten Bertini-Preis zu stiften. Nachdem Giordano empört abgelehnt habe, habe sich die Gewerkschaft entschlossen, einen eigenen Fonds gegen Rassismus zu gründen.

Unterdessen kritisierte die jüdische Gemeinde die GEW und warf ihr vor, „durch Instrumentalisierung des Bertini-Preises das erfolgte Unrecht auch noch ins Gegenteil zu verkehren".

Diesen Vorwurf findet Göbel „äußerst befremdlich". Denn: Auch wenn „sich nicht alle Umstände werden klären lassen", ein schlechtes Gewissen müsse die GEW nicht haben.

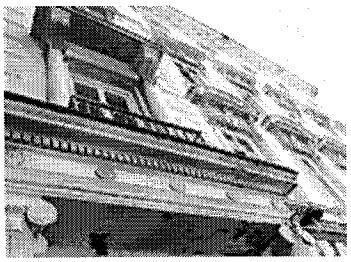
BEN REICHARDT

Hamburger Abendblatt

ROTHERBAUM GEW-VORGÄNGER HATTE HAUS WÄHREND NAZIZEIT ERWORBEN

Gewerkschaft behält jüdische Villa

Die Vertreterversammlung der GEW stimmte stattdessen dafür, jährlich 10 000 Euro einem Fonds zur Verfügung zu stellen.



Blick auf die reich gegliederte Gründerzeit-Fassade des Hauses Rothenbaumchaussee 19, direkt neben dem Curio-Haus, das ebenfalls im Besitz der GEW ist. Foto: RAUHE

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) hat sich nach Jahren des heftigen internen Streits entschieden, das Wohnhaus Rothenbaumchaussee 19, das bis 1935 einer jüdischen Eigentümergemeinschaft gehörte, nicht zu verkaufen. Die Vertreterversammlung der GEW stimmte mit 57 zu 50 Stimmen bei zehn Enthaltungen stattdessen dafür, jährlich 10 000 Euro einem Fonds zur Verfügung zu stellen, der sich "gegen rassistische und fremdenfeindliche Aktivitäten einsetzt". Der Versuch, mit dem Geld den renommierten Bertini-Preis aufzustocken, war kurz zuvor am Widerstand der Bertini-Stiftung und speziell Ralph Giordanos gescheitert.

Die Immobilie in bester Wohnlage und Uni-Nähe ist politisch hochbrisant. Im März/April 1935 kaufte der Nationalsozialistische Lehrerbund (NSLB) das 1876 erbaute Wohnhaus für 40 000 Reichsmark. Die Vorbesitzer waren Hedwig und Albert Hallgarten, ihre Kinder Mercedes und Julius sowie deren Verwandter Karl Ludwig Bauer. Bis auf Albert Hallgarten, der vor dem Verkauf im Exil gestorben war, und Bauer, der in Deutschland blieb und hier 1937 starb, flohen alle anderen Verkäufer 1936 oder 1937. Die GEW übernahm nach 1945 als Rechtsnachfolgerin des NSLB das Haus, das intern nur "Ro 19" heißt.

Die GEW leistet sich einen teilweise bizarren und erbittert geführten Streit darüber, ob die "Ro 19" 1935 unter Wert und unter dem Druck der NS-Verfolgung verkauft worden war. Jörg Berlin, Historiker und GEW-Mitglied, versuchte in seinem Gutachten in Zweifel zu ziehen, dass der Verkauf des Hauses zwangsläufige Folge des NS-Unrechtsregimes war. Auf der Gegenseite plädierte eine Gruppe um den Gewerkschafter Bernhard Nette dafür, sich zur moralischen Schuld zu bekennen. Ihr Vorschlag: Verkauf des Hauses an die Stadt zu einem geringen Betrag, um dort ein Jüdisches Museum einzurichten.

Ralph Giordano nennt den Beitrag Jörg Berlins eine "Infamie". "Jeder Wechsel aus jüdischem in ‚arischen' Besitz im Deutschland des Jahres 1935 fand unter NS-Zwang statt. Aber Jörg Berlin tut so, als ob der Wechsel auch stattgefunden hätte, wenn 1935 die Weimarer Republik noch am Leben gewesen wäre", sagte Giordano dem Abendblatt. Das Angebot der GEW, mit Geld aus dem Immobiliengeschäft den Bertini-Preis zu unterstützen, lehnt er ab: "Bertini-Preis und Arisierung passen nicht zusammen - kategorisch und unwiderrufbar."

Der GEW-Vorsitzende Klaus Bullan verteidigte dagegen das Nein zum Verkauf. "Eine Trennung haben wir nicht als notwendig angesehen. Eine Reihe von Punkten sind strittig." So sei unklar, ob der Kaufpreis wirklich zu niedrig war und ob die jüdischen Besitzer tatsächlich gezwungen waren zu verkaufen. Aber Bullan gibt auch zu: "Wir sind gegenwärtig auf die Mieteinnahmen aus dem Haus angewiesen." Der GEW-Chef weiß, dass das Festhalten an "Ro 19" eine Kontroverse auslösen wird. "Das muss man aushalten", sagt Bullan gelassen.

pum

erschienen am 26. April 2007

NDR Info in der Sendung Schabat Schalom , Freitag 4. Mai 2007.

In Hamburg gibt es Streit um eine Villa in bester Lage. Das Haus in der bekannten Prachtstraße Rothenbaumchaussee gehört der Lehrergewerkschaft GEW. Die Immobilie wurde allerdings in der Nazi-Zeit einer jüdischen Erbengemeinschaft abgekauft. Manche sagen: zu einem besonders günstigen Preis. In der Gewerkschaft gibt es deshalb nun schon seit Jahren einen heftigen Streit um die Zukunft des Hauses. Viele wollen es verkaufen. Die Mehrheit der GEW hat sich nun dagegen ausgesprochen. Das Haus bleibt im Besitz der Gewerkschaft. Doch damit ist der Streit erst richtig losgegangen. Daniel Kaiser berichtet.

Für Bernhard Mette, selbst Mitglied in der Lehrergewerkschaft, ist der Fall klar.

„Eine Gewerkschaft kann ein arisiertes Gebäude nicht behalten".

Und auch in der jüdischen Gemeinde in Hamburg ist die Aufregung groß. Sprecher Daniel Killy kann nicht verstehen, wie die GEW unter diesen Umständen an dem Haus festhalten kann.

„Die jüdische Gemeinde ist fassungslos, dass gerade eine Gewerkschaft, die den Namen „Erziehung und Wissenschaft" in ihrem Namen trägt, sich so unhistorisch und geschichtsklitternd verhält."

Jahre lang schon streiten die Gewerkschaftsmitglieder um die Villa. Eine Vorgängerorganisation, die nach der Machtübernahme im nationalsozialistischen Lehrerbund gleichgeschaltet worden war, hatte das Haus 1935 gekauft. Zu einer Zeit also, als der Druck auf Juden in Hamburg schon enorm war.

„Das alles haben wir in unserer Entscheidung berücksichtigt",

sagte Hamburger GEW-Chef Klaus Bullan.

„Die Frage ist ja immer, ob die Vorbesitzer unter Zwang dieses Haus verkaufen mussten, zu einem viel zu geringen Preis. Unsere Untersuchungen haben ergeben, dass da große Zweifel drüber bestehen, weil diese Zwangssituation in dem konkreten Fall, aus unserer Sicht jedenfalls, offensichtlich nicht vorgelegen hat."

So seien einige der Vorbesitzer nach dem Verkauf nicht sofort aus Deutschland geflohen.

„Ein Vorbesitzer hat sogar noch eine weitere Immobilie gekauft, nachdem er dieses Gebäude verkauft hatte und ist in Hamburg geblieben, so dass das Indizien für uns sind, die darauf hinweisen, dass eine konkrete Verfolgungssituation, in diesem Fall, nicht unbedingt vorgelegen haben muss."

Außerdem habe nach dem Krieg niemand eine Rückgabe gefordert. Für Bullan ein deutliches Zeichen dafür, dass der Kauf in Ordnung war. Daniel Killy von der jüdischen Gemeinde widerspricht dem Gutachten der GEW.

„Das war genau die Argumentation der Nazis.: ‚Die Juden haben das doch aus ihrer Geldgier heraus freiwillig verkauft.' Wer heutzutage so argumentiert, ist entweder komplett naiv oder politisch kriminell."

Bernhard Nette ist davon überzeugt, seine Gewerkschaft hat zuallererst ein finanzielles Interesse an der Villa. Immerhin verdient die GEW mit dem Haus jedes Jahr 150.000 Euro Miete.

> „Ganz offensichtlich will sich eine Mehrheit der GEW bereichern. Ganz offensichtlich will sie aus finanziellen Gründen dieses Haus behalten. So steht es auch überall geschrieben, so stand es auch in der Begründung des Antrages (...)."

Der Hamburger Gewerkschaftschef Klaus Bullan weist diese Vorwürfe zurück. Ums Geld sei es nicht gegangen. Trotzdem fand der Vorschlag, aus dem Haus ein jüdisches Museum zu machen, bei der entscheidenden GEW-Versammlung keine Mehrheit. Es war eine knappe Entscheidung.

> „Wir haben moralisch, in erster Linie, entschieden, wir haben die historische Sachlage geprüft, da sind wir, in Mehrheit, zu der Auffassung gekommen, es ist nicht nötig, aus moralischen Gründen, sich von diesem Gebäude zu trennen – und dann kommt erst, in zweiter Linie, finanzielle Argumente ins Spiel, die aber nicht den Ausschlag dafür gegeben haben. Sondern die historische Untersuchung der Vorgänge, lassen uns es als geboten erscheinen, dieses Haus zu behalten."

Stattdessen hat die Gewerkschaft der Bertini-Stiftung 10.000 Euro jährlich angeboten, für Projekte gegen Rassismus und Rechtsradikalismus. Doch das ist gescheitert, erzählt Gewerkschaftsmitglied Bernhard Nette.

> „Es ist ja mehr als peinlich, wenn der Bertini-Preis - und vor allen Dingen Ralph Giordano sagen „Nein, das wollen wir nicht, das ist arisiertes Geld" und Giordano hat dann auch dazu noch hinzugefügt, das ist nicht veröffentlicht worden, hier handele es sich um Geldwäsche – dann kann man nur sagen, das an sich würde, müsste schon reichen darüber nachzudenken, ob man mit 10.000 Euro sich so richtig herauskaufen kann, aus dieser moralischen-politischen Verantwortung."

Von moralischer Pflicht, historischer Verantwortung und menschlichem Anstand spricht nun auch Bürgermeister Ole von Beust. Er appelliert an die GEW, die Entscheidung zu überdenken und das Haus zu verkaufen. Der Senat habe doch auch die alte Talmud-Tora-Schule an die jüdische Gemeinde zurückgegeben, ohne juristisch dazu verpflichtet zu sein. Offenbar hat die Diskussion um die Zukunft der alten Villa erst jetzt, nach der Entscheidung, richtig begonnen. Und der Sprecher der jüdischen Gemeinde, Daniel Killy, hofft, dass die Lehrergewerkschaft noch einlenkt.

> „Dort sind unsere Lehrer Mitglied, diese Lehrer werden auf die Schüler losgelassen und wenn derlei Geschichtsbild vermittelt wird an Hamburger Schulen, dann kann ich nur sagen - Gute Nacht!"

(Abschrift)

Darf eine Gewerkschaft arisiertes Eigentum behalten?

Ein offener Brief an die Gedenkveranstaltung „Zerschlagung der Gewerkschaften durch die Nationalsozialisten 1933“ am 2. Mai 2007 im Gewerkschaftshaus Hamburg

Als am 2.Mai 1933 die Gewerkschaften durch die Nationalsozialisten zerschlagen wurden, war die „Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens“, die Vorgängerin der Bildungsgewerkschaft GEW, bereits seit 5 Tagen im Nationalsozialistischen Lehrerbund (NSLB). Die „Gesellschaft der Freunde“ trat am 27.4.1933 kooperativ „unter brausenden, nicht enden wollenden Beifall“ dem NSLB bei. Nur 7 Kolleginnen und Kollegen stimmten auf der Hauptversammlung gegen die vom Vorstand gewollte Gleichschaltung.

1935 kaufte der NSLB den jüdischen Vorbesitzern zu einem deutlich zu niedrigen Preis Haus und Grundstück in der Rothenbaumchaussee 19 (Ro 19) ab. Die meisten jüdischen Vorbesitzer flohen kurz danach vor dem Naziterror in das Ausland. Nach 1945 trickste die neu gegründete GEW Hamburg. Sie erklärte sich quasi zur Rechtsnachfolgerin des NSLB und erhob Anspruch auf Ro 19. Dieses dubiose Vorgehen hatte Erfolg. Der GEW Hamburg wurde Ro19 zu Beginn der 50er Jahre übertragen. Bis heute ist die GEW Eigentümerin des Hauses Rothenbaumchaussee 19.

Die Landesvertreterversammlung der GEW hat am 23. April 2007 mit 57 zu 50 Stimmen bei 10 Enthaltungen beschlossen, das arisierte Haus Ro 19 im Eigentum der GEW zu belassen. Der Vorschlag, es der Stadt Hamburg unter der Maßgabe zu verkaufen, dort ein jüdisches Museum zu errichten, zu verkaufen, wurde abgelehnt. Für eine solche Lösung hatten Politiker aller Bürgerschaftsfraktionen, Vertreter der Kulturbehörde, die Leitung des HamburgMuseums und die Jüdische Gemeinde plädiert. Stattdessen wurde vom GEW- Vorsitzenden Klaus Bullan alternativ vorgeschlagen, mit € 10.000 den BERTINI-Preis aufzustocken. Diese Spende wurde jedoch vom Vorstand des BERTINI-Preises abgelehnt. Ralph Giordano erklärte: „BERTINI-Preis und Arisierung passen nicht zusammen!“ Während der LVV änderte der GEW- Vorsitzende daraufhin nur den Adressaten des Schecks.Ein eigener Fonds sollte jetzt eingerichtet werden, der sich gegen fremdenfeindliche Aktivitäten und für ein gleichberechtigtes, friedliches Miteinander der Menschen in Hamburg einsetzt.
Der BERTINI-Preis war besonders darüber empört, dass der GEW- Vorsitzende für seine Entscheidung ein Gutachten von Dr. Jörg Berlin heranzog, der eine Arisierung im Falle Ro 19 verneinte. Die jüdischen Opfer seien, so Jörg Berlin, nicht geflohen, sondern hätten sich selbst aus wirtschaftlichen und familiären Gründen in die Schweiz ausgesiedelt. Des weiteren wurde behauptet, dass die Vermögensträgerin des NS Lehrerbundes zum Zeitpunkt des Ankaufs 1935 noch eine rechtsstaatlich und gewerkschaftlich eigenständig handelnde Organisation gewesen wäre. Der Ankauf wäre daher von einer Gewerkschaft vollzogen, womit Ro 19 das rechtmäßige Eigentum der GEW Hamburg sei.

Der Vorsitzende der GEW Hamburg stützt seinen Antrag, wie mit Ro 19 zu verfahren sei, auf ein dubioses Gutachten (Giordano: „Infamie“!). Ohne es zu wollen, verlässt er damit den Konsens aller Wissenschaftler und Antifaschisten, dass nämlich jeder Vermögensübertrag aus jüdischem in „arisches“ Eigentum in der kollektiven antisemitischen Verfolgungssituation stattfand und als Arisierung einzuordnen ist.
Ausgerechnet die GEW- Hamburg, die ohne Druck von außen und aus eigener Kraft im Gegensatz zu vielen anderen Organisationen und Institutionen die Geschichte ihres Arisierungserbes bisher akribisch aufgeklärt und öffentlich diskutiert hat, vollzieht jetzt diesen Schwenk.

Wir protestieren als Gewerkschafter gegen den Versuch in unseren Reihen, die Geschichte des Nationalsozialismus um zu interpretieren.
Eine Gewerkschaft kann und darf nicht Eigentümerin eines arisierten Hauses sein.

Bernhard Nette, Stefan Romey (Mitglieder der AG Ro 19 der GEW Hamburg)

**Bitte richtet Eure Meinungsäußerung an den Vorsitzenden der GEW Hamburg:
Klaus Bullan, 1. Vorsitzender der GEW Hamburg, Rothenbaumchaussee 15 in 20148 Hamburg.**

Zur Lage der Juden in Deutschland 1933-1935

Aufruf der Reichsparteileitung der NSDAP, 29. 3. 1933

Hamburger Tageblatt

Preis 15 Pf.

amtliches Organ des Regierenden Bürgermeisters der Freien und Hansestadt Hamburg

Nr 75 9. Jahrg.

Mittwoch, den 29. März 1933

Die Reichsparteileitung an alle Nationalsozialisten:

Marschbefehl gegen die Juden!

Endlich auch der Hamburger Anzeiger verboten! / Stahlhelmkommissare in Braunschweig

Heute abend spricht Karl Kaufmann im Rundfunk

Der Senat warnt Juden

Gegen die wirtschaftliche Verunsicherung der Bevölkerung.

Die Staatliche Pressestelle teilt mit:

Es ist bekannt geworden, daß in einzelnen Wirtschaftszweigen, z. B. im Weißwaren-handel, unter Führung artfremder Elemente Kräfte am Werk sind, die, um Unruhe in die Bevölkerung zu bringen, Maßnahmen zur Erhöhung der Lebenshaltungskosten treffen wollen. Der Senat ist entschlossen, derartige Versuche unter Anwendung drakonischer Mittel rücksichtslos im Keim zu ersticken. Wer sich nicht langjährigen Gefängnisstrafen aussetzen will, tut gut daran, sich nicht nur nicht an diesen Machenschaften zu beteiligen, sondern die Drahtzieher, die zu solchen volksfeindlichen Maßnahmen auffordern, anzuzeigen.

Der „Hamburger Anzeiger" auf 14 Tage verboten

Wie die Polizeibehörde mitteilt, ist der „Hamburger Anzeiger" auf Grund des § 1 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. Februar d. J. mit sofortiger Wirkung auf die Dauer von 14 Tagen, und zwar bis einschließlich 11. April 1933, verboten worden.

Marxistische Presse in Hamburg „bis auf weiteres" verboten

Das Verbot der marxistischen Presse für das hamburgische Staatsgebiet ist auf

Am Sonnabend schlagen wir los!

Boykott der jüdischen Warenhäuser und Geschäfte — Gegen die jüdischen Ärzte und Juristen — Lest keine jüdischen Zeitungen!

Die hemmungslose Hetze und Verleumdung, mit der das Weltjudentum Deutschland bekämpft, kann nicht länger hingenommen werden. Alles, was da zum Anlaß genommen wird, die Boykottierung deutscher Waren und deutschen Gewerbes, ist niederträchtige Lüge. Eines aber beweist diese Hetze in der Welt mit aller wünschenswerten Deutlichkeit: Der immer wieder geleugnete enge Zusammenhang des Judentums in der Welt besteht tatsächlich. Der deutsche Teil dieses internationalen Judentums hat es sich selbst zuzuschreiben, wenn das deutsche Volk jetzt gegen ihn vorgeht. Deutschland will den Frieden, aber wenn es angegriffen wird, dann wehrt es sich. Die nationalsozialistische deutsche Volksbewegung führt auch diesen Kampf; sie beginnt ihn durch folgenden

Aufruf der Reichsparteileitung

an alle Organisationen der Bewegung:

Nach 14jähriger innerer Zerrissenheit hat das deutsche Volk seine Stände, Klassen, Berufe und konfessionellen Zeiten politisch überwunden und eine Erhebung durchgeführt, die dem marxistisch-jüdischen System ein Ende bereitet. In den Wochen nach dem 30. Januar hat sich eine einzigartige nationale Revolution in Deutschland vollzogen.

Trotz langer schwerster Bedrückungen und Verfolgungen haben die Millionen Massen, die hinter der Regierung der nationalen Revolution stehen,

in mustergültiger Ruhe und Disziplin den neuen Reichskanzler die legale Deutung

gegeben zur Durchführung der Reformen der deutschen Nation an Haupt und Gliedern. Am 5. März hat die weitaus überwiegende Mehrzahl der wahlberechtigten Deutschen dem neuen Regiment das Vertrauen ausgesprochen. Die Vollendung der nationalen Revolution ist damit zu der Forderung des Volkes geworden.

In jammervoller Feigheit haben die jüdisch-marxistischen Bonzen ihre Machtstellung geräumt. Trotz allen Geschreis wagte kein einziger von ihnen Widerstand zu leisten. Zum größten Teil haben sie die von ihnen verführten Massen im Stich gelassen und sich unter Mitnahme ihrer aufgespeicherten Depots ins Ausland geflüchtet.

Nun der heiligsten Pflichten und Rechte, mit der sich dieser Akt des Umbruchs vollzog, haben es die Urheber und Nutznießer unseres Unglücks gegenüber,

wenn sie sich anmaßen, angesichts ihrer Greuel

Der Kampf gegen die jüdischen Geschäfte

Ueberall in Deutschland hat die Hetze und

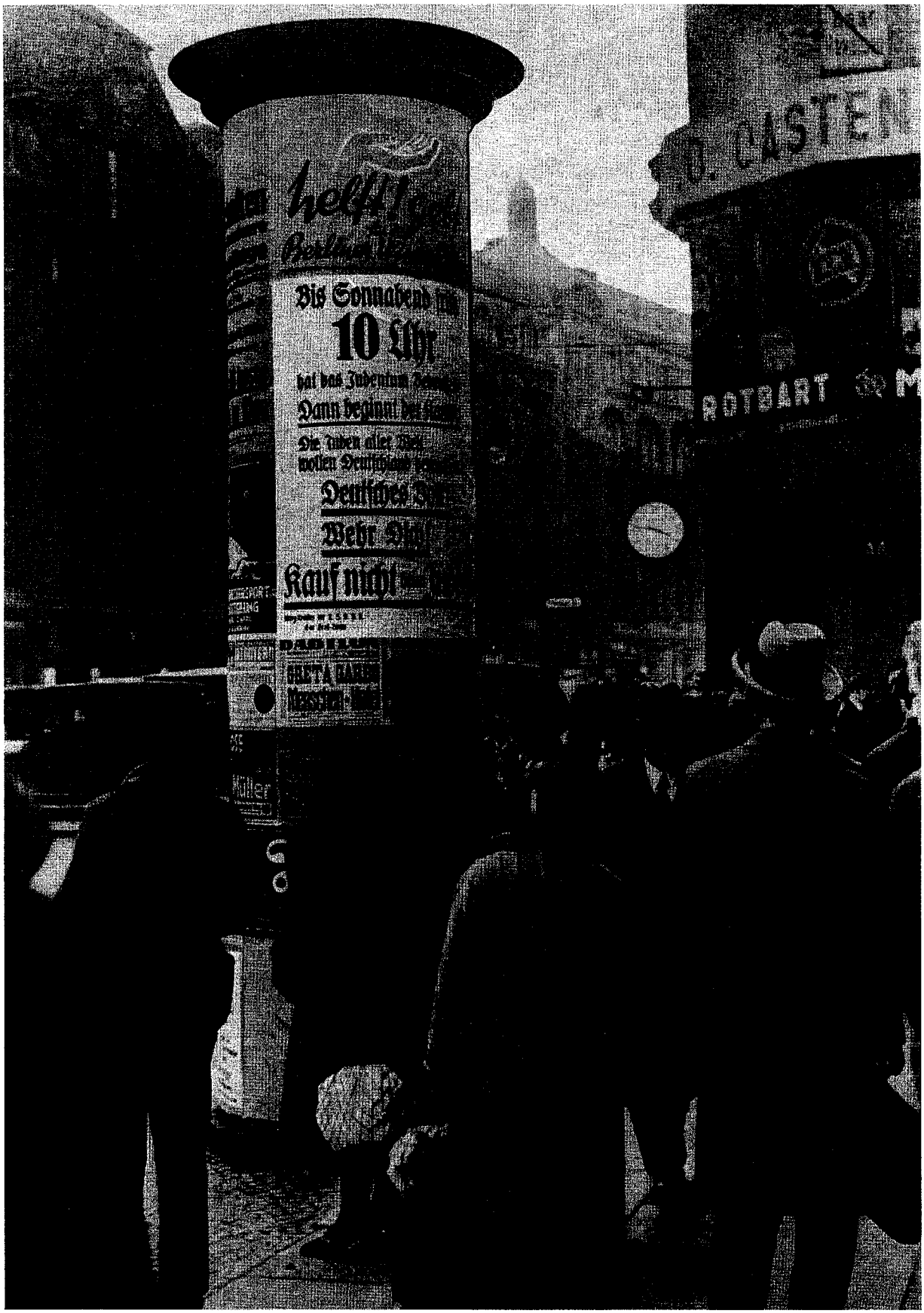
Die Straßen im Zentrum der Stadt wurden

Kaum ein Märchen wurde ihnen geglaubt. Man vergleiche mit diesem Akt der Selbstjustiz der nationalen Erhebung in Deutschland etwa die bolschewistische Revolution in Rußland, der über 5 Millionen Tote zum Opfer fielen und man wird ermessen, zu welchem Dank die schuldigen Verbrecher den Kräften der nationalen Regierung gegenüber verpflichtet wären. Man vergleiche weiter die furchtbaren Kämpfe und Zerstörungen der Revolution dieses November während hier, ihre Geist-Erscheinungen in den Jahren 1918 19, das Niederwerfen wahnsinniger Gegner, und man wird weiter den Anspruch auf nationalen Erfolg als einen unerhörten finden. Die regierenden Männer haben dabei feierlich der Welt verkündet, daß sie mit dieser in Frieden leben wollen. Das deutsche Volk teilt ihnen dabei seine Gesinnung.

Deutschland will keine Weltwirren

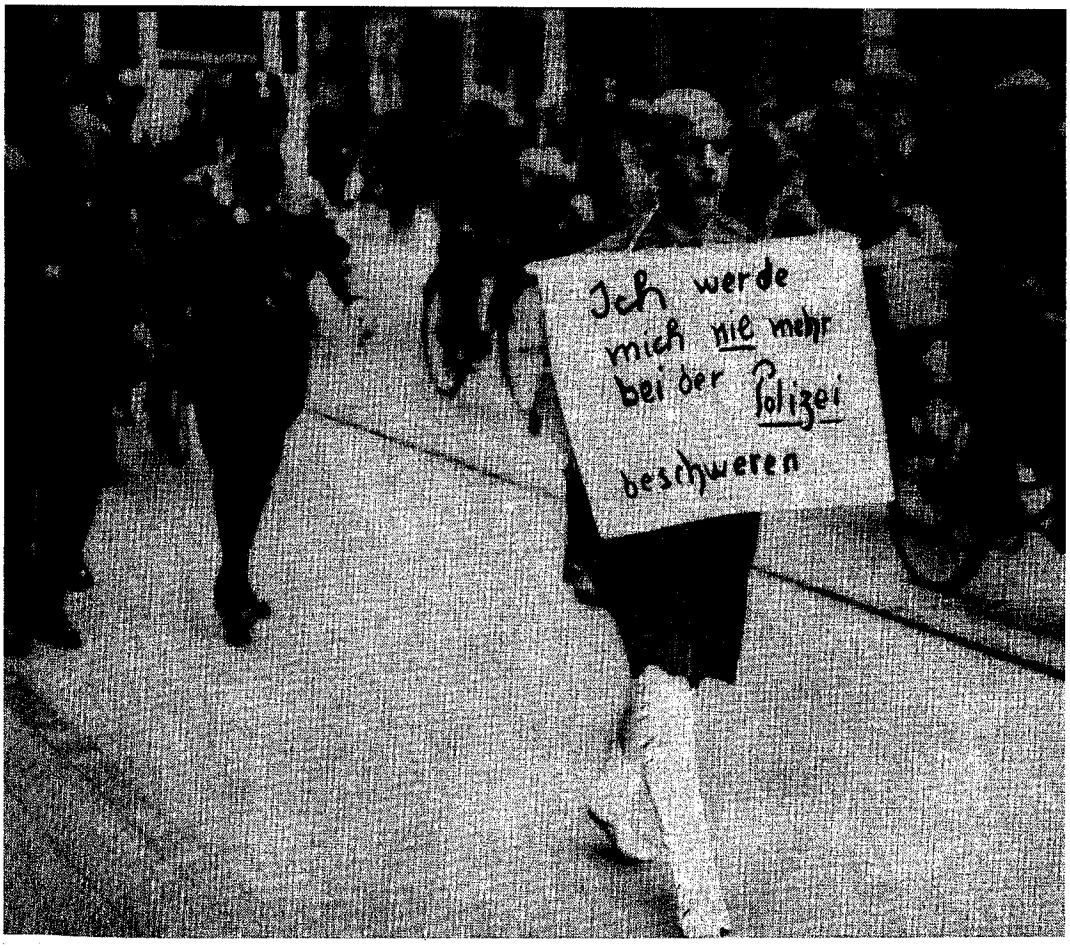
und keine internationalen Verwicklungen, aber das nationale revolutionäre Deutschland ist fest entschlossen, der inneren Mißwirtschaft ein Ende zu bereiten. Man, da die Feinde der Nation im Innern vom Volke selbst unschädlich gemacht worden sind, trifft das ein, was man so Angst erwartet hatte. Die kommunistischen und marxistischen Verbrecher und ihre jüdischen Hintermänner, die mit ihrer Agitation maßgeblich in den Ausland operierten, entfalten nun nun bei uns eine gewaltsame, landesverräterische Hetzkampagne gegen das deutsche Volk überhaupt. Da ihnen das Lügen in dem Lande unmöglich wurde, begannen sie von den Hauptstädten der ehemaligen Feinde aus, dieselbe Hetze gegen die junge nationale Regierung, die sie zu Kriegszeiten übte gegen das damalige Deutschland betrieben haben.

Lügen und Verleumdungen von geradezu haarsträubender Perversität werden über Deutschland losgelassen. Greuelmärchen von zerfleischten Kinderleichen, von ausgestochenen Augen und abgehackten Händen werden ver-



Zur Lage der Juden in Deutschland 1933-1935

Berlin, 1. April 1933



München 1933

Zur der Juden in Deutschland 1933-1935

Synagoge in Düsseldorf, 1933

Zur Lage der Juden in Deutschland 1933-1935

Quelle aller Fotos:DER GELBE STERN: Gerhard Schoenberner, 1960 Hamburg

Zur Lage der Juden in Deutschland 1933-1935

Hamburg 1935

(Quelle der Fotos: DER GELBE STERN: Gerhard Schoenberner, 1960 Hamburg)

Zur Lage der Juden in Deutschland 1933-1935

Lehrer an die Front!

Ein Brief, der uns Freude machte

Köln, den 24. 5. 35.

Sehr geehrter Pg. Streicher!

Ich darf wohl annehmen, daß es für Sie immer eine kleine Freude ist, zu wissen, daß auch unter der Lehrerschaft der Gedanke Raum gewinnt, Ihnen in dem furchtbaren Kampfe, den Sie gegen das Judentum führen, zu helfen. Nur wenn unsere Jugend restlos über die furchtbare Gefahr aufgeklärt wird, die das internationale Judentum nicht nur für das deutsche Volk, sondern für die gesamte weiße Rasse bedeutet, ist der Endsieg zu erwarten. Auch in Köln ist eine kleine Schar Lehrer vorhanden, die in nachdrücklichster Weise Sie in dem Ringen mit der Weltpest unterstützen will.

Ich habe mir aus Ihrer herrlichen Kampfzeitung, dem „Stürmer", eine Reihe von Judenkopien, die einstmals in Deutschland herrschen durften, ausgezeichnet und, wie Sie aus beiliegender Photographie ersehen, aufgezogen. Mit dieser Anschauungstafel versehen halte ich in allen oberen Klassen meiner Schule Vorträge über die Judenfrage. Aber auch die Frauenschaft, BDM., BDM. haben schon die Vorträge gehört und waren davon begeistert. Wie tief der Gedanke schon Wurzeln geschlagen hat, dürfte Ihnen folgendes Erlebnis, das ich mit einem neunjährigen Schüler meiner Klasse hatte, zeigen.

Eines Tages kommt er zur Schule und erzählt: Herr Lehrer, gestern ging ich mit meiner Mutter spazieren. Auf einmal, als wir beim Kaufhof vorbeigehen, fällt es meiner Mutter ein, daß sie notwendig einige Brötchen zum Essen braucht. Sie will mir Geld geben, damit ich im Kaufhofe den Einkauf tätige. Darauf habe ich meiner Mutter gesagt: „Dahinein gehe ich nicht, das mußt du schon selber tun. Aber das sage ich dir, wenn du

Kaufhof gehst, dann sage ich es meinem Lehrer. Der läßt dich zur Schule kommen, da kannst du was erleben."

Sollte Ihnen beiliegendes Bild gefallen, dann würde sich meine Kinder sehr freuen, wenn Sie es im „Stürmer" veröffentlichen könnten. Ich bin der Ueberzeugung, daß solche Bilder zum Nacheifern anregen.

Ihnen in dem heißen Ringen weiter Kampfharte Nerven wünschend verbleibt mit vielen Grüßen und

Heil Hitler!

Burkert Max, Schulleiter,
Köln-Ehrenfeld, Schule Lindenstraße.

Zur Lage der Juden in Deutschland 1933-1935

Lehrplan zur Behandlung der »Judenfrage« im Unterricht

„Der Nationalsozialistische Erzieher", Nr. 42, 1934

Unterrichtsplan für „ Staatspolitik" für die Volksschulen des Dritten Reiches

Woche	Stoffgebiet	Beziehung zum Juden	Leseſtoff
1.–4.	Das Deutſchland der Vorkriegszeit. Klaſſenkampf, Profit, Streik.	Der Jude macht ſich breit!	Aus Hauptmann „Die Weber"
5.–8.	Vom Agrarſtaat zum Induſtrieſtaat. Kolonien	Der Bauer in den Klauen des Juden!	Schilderungen aus den Kolonien. Aus Hermann Löns.
9.–12.	Verſchwörung gegen Deutſchland, Einkreiſung, Sperrfeuer um Deutſchland.	Der Jude herrſcht! Kriegsgeſellſchaften.	Beumelburg: „Sperrfeuer.." Hindenburgs Leben. Kriegsbriefe.
13.–16.	Deutſches Ringen – deutſche Not. Blockade! Hungertod!	Der Jude wird wohlhabend! Ausnutzung der deutſchen Not.	Manke: Spionage an der Weſtfront. Kriegsſchilderungen.
17.–20.	Dolchſtoß. Zuſammenbruch.	Juden als Führer der Novemberrevolte.	Pierre des Granges: In geheimer Miſſion beim Feinde. Bruno Brehm: Das war das Ende
21.–24.	Deutſchlands Golgatha. Erzbergers Verbrechen! Verſailles.	Oſtjuden wandern ein Judas Triumph!	Volkmann: Revolution über Deutſchland. Feder: Die Juden. Zeitung: Der Stürmer.
25.–28.	Adolf Hitler. Der Nationalſozialismus.	Judas Gegner!	Mein Kampf. Dietrich Eckart.
29.–32.	Blutende Grenzen. Verſklavung Deutſchlands. Freikorps. Schlageter	Der Jude zieht aus der deutſchen Not ſeinen Nutzen. Anleihen. (Dawes, Young).	Beumelburg: Deutſchland in Ketten. Wehner: Die Wallfahrt nach Paris. Schlageter: Ein deutſcher Held.
33. 36.	Der Nationalſozialismus im Kampf mit der Unterwelt und dem Verbrechertum.	Juden Anſtifter zum Mord. Die jüdiſche Preſſe.	Horſt Weſſel.
37. 40	Deutſchlands Jugend voran! Der Sieg d. Glaubens	Der Endkampf gegen Juda.	Herbert Norkus. Reichsparteitag.

Zur Lage der Juden in Deutschland 1933-1935

Kontakt BOrtmeyer@t-online.de